

Punkt 5.1 der öffentlichen Sitzung am 27. Oktober 2010

Vorlagen-Nr. 10-F-01-0057

Naziaufmarsch am 08. Mai 2010

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

Durch die Genehmigung des Naziaufmarschs am 08. Mai 2010 wurde die Glaubwürdigkeit des Magistrats und damit die der gesamten Stadt beschädigt, da diese Entscheidung im Widerspruch zu der bisher gemeinsam getragenen Erinnerungskultur steht.

Trotz mehrerer öffentlicher Verlautbarungen zu diesem Vorgang sind etliche Fragen bis heute ungeklärt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

- warum der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.03.2010 nicht umgesetzt wurde, in dem u. a. der Magistrat gebeten wurde, „alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den geplanten NPD-Aufmarsch zu unterbinden“,
- warum der Versammlungsort der Gegendemonstranten fern ab - also außerhalb der Sicht- und Hörweite - der eigentlichen Nazi-Kundgebung festgelegt und eine Beobachtung der Aktivitäten der Neonazis , insbesondere ihrer Parolen und ihres Auftretens, dadurch unmöglich gemacht wurde,
- wieso bereits drei Wochen vor dem 08. Mai 2010 der NPD-Jugend Erbenheim als Aufmarschgebiet zugesagt wurde, während die Öffentlichkeit und die Stadtverordnetenversammlung darüber keinerlei Informationen erhielten,
- warum die Gegendemonstranten auf der Straßenverbindung zwischen Bierstadt und Erbenheim über einen längeren Zeitraum in überfüllten Bussen zurückgehalten wurden,
- wieso der NPD für ihren Demonstrationszug eine Erbenheimer Straße angeboten wurde, an der bekanntermaßen Stolpersteine zum Gedenken an jüdische Opfer des NS-Gewaltregimes verlegt sind.

Der Magistrat wird aufgefordert, wie in der Vergangenheit alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um zu verdeutlichen, dass neonazistische Organisationen in Wiesbaden nicht willkommen sind.

Beschluss Nr. 0180

Der Revisionsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

1. Der Revisionsausschuss und der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration hatten Gelegenheit, am 28.09.2010 in den Räumen des Magistrats (Dezernat VII) in nichtöffentlicher Sitzung Einsicht in die vollständigen Originalakten zu nehmen. Frau Stadträtin Zeimetz und weitere Mitarbeiter der Verwaltung erläutern den Akteninhalt auf Grundlage der Fragenkataloge SPD (10-F-01-0057) und der Linken Liste (10-F-06-0031) abschließend.

2. Die nachgesetzte Frist zur Beantwortung weiterer Fragen ist am 27.10.2010 abgelaufen, ohne dass es zu einer Nachfrage der Fraktionen gekommen ist.
3. Die Akteneinsicht wird für beendet erklärt.

Tagesordnung I (Berichterstatter Vors. Tollebeek)

Wiesbaden, .10.2010

Tollebeek
Vorsitzender